

Stadt und Land für alle. Für eine Erweiterung des Gender Plannings

Vom Gender Planning zur Stadt für alle. Ein vierteiliges Plädoyer zur Verknüpfung von stadtplanerischer Strategie und gesellschaftlichem Wandel (4)

**MELANIE RÜHMLING, LISA WASCHKEWITSCH UND MARÉN WINS VOM ROSTOCKER
INSTITUT FÜR SOZIALFORSCHUNG UND GESELLSCHAFTLICHE PRAXIS E.V.**

In Teil I der Reihe haben wir gezeigt, in welchem historischen Kontext sich das Gender Planning als neues Paradigma in der Stadt- und Raumplanung entwickelt hat und welche Vorteile und Perspektiverweiterungen durch eine gendergerechte und gendersensible Stadt- und Raumplanung entstehen können. Mit den Beispielen Rostock (Teil II) und den ländlichen Räumen Mecklenburg-Vorpommerns (Teil III) haben wir exemplarisch den aktuellen Stand einer geschlechtersensiblen Raumplanung betrachtet. Dabei haben wir sowohl die Begriffe ‚gendergerecht‘ als auch ‚ungleichheitssensibel‘ benutzt, wenn wir eine Raumplanung gemeint haben, die nah an dem Gemeinwohl sowie den Bedürfnissen der Bewohnenden und Nutzenden orientiert sein sollte. Doch warum bedarf es beider Begriffe und warum bleiben wir nicht ‚nur‘ bei Gender Planning und ‚gendergerecht‘?

Seit mehr als zwanzig Jahren können wir, zumindest formell, beobachten, dass das Gender Mainstreaming als Strategie an gesellschaftlicher sowie politischer Bedeutung zunimmt – auch in der Raumplanung, selbst wenn dies in der Praxis nicht ausreichend konsequent umgesetzt wird. Diese Strategie setzt seit den 1980er Jahren im Wesentlichen an den feministischen Forderungen an, die wir auch im Gender Planning finden. Sie berücksichtigt die sich wandelnden Geschlechterverhältnisse und Geschlechternormen, die unseren Alltag, aber auch administrative Entscheidungen, z.B. die Planungspraxis, beeinflussen. Dass sich zunehmend mehr Eltern im Alltag bemühen, eine gleichberechtigte Verteilung der Sorgearbeit zu organisieren und somit immer mehr Väter die Wege zwischen Arbeit und Kita, Schule oder Freizeiteinrichtung mit ihren Kindern passieren, ist neben der stetigen Erhöhung von Frauen in Erwerbsarbeit ebenso ein Anzeichen für diesen Wandel, wie die Vielfältigung von Lebens- und Identitätswürfen, die sich abseits der Dualität von Mann und Frau abspielen. Zwar sind es insbesondere in heterosexuellen Partnerschaften mit Kind(ern) weiterhin die Frauen, die in überwiegendem Maße auf Grund ihrer Mehrbelastung mit Sorgearbeit auf gute öffentliche Daseinsvorsorge, Verkehr und Bildungseinrichtungen angewiesen sind, doch würde eine alleinige Betrachtung des ‚Faktors Frau‘

den startfindenden Wandel ignorieren. Eine ausschließliche Betrachtung von ‚Frauen‘ als eine einheitliche Kategorie würde so weder die Heterogenität von Frauen berücksichtigen, noch die soziale Konstruktion von Geschlecht mitemdenken, sondern eher weiterhin geschlechtsspezifische Rollen, Normen und Stereotype zementieren. Dabei werden gleichzeitig zum Beispiel sorgearbeitende Väter und Co-Eltern unsichtbar gemacht.

Es ist schließlich nicht nur das Geschlecht, welches Personen per se gleichermaßen von sozialer Ungleichheit betroffen macht. So werden Frauen strukturell durch eine männlich-dominante Perspektive in der Planung weniger mitgedacht und dadurch benachteiligt, doch spielen viele weitere Faktoren dafür eine Rolle, ob und wie sie einen Raum nutzen können. So entscheidet beispielsweise das Einkommen darüber, ob jemand ein eigenes Auto hat und damit mobil sein kann, eher auf den ÖPNV angewiesen ist oder auch mit Rad und zu Fuß unterwegs sein muss, weil das Geld nicht für die Ticketpreise reicht. Auch spielt die körperliche Verfassung – gesund und mobil oder auf unterschiedliche Art mobilitäts eingeschränkt – eine Rolle für die Nutzung von privaten und öffentlichen Räumen. Menschen in einem bestimmten regionalen, territorialen Raum sind derart vielfältig, dass sie auch auf vielfältige Art und auf

unterschiedlichen Ebenen von Benachteiligung betroffen sein können. In der Sozialforschung sprechen wir in diesen Fällen von intersektionalen Perspektiven, die notwendig sind, um diese sich häufig verschränkenden und verstärkenden Einflüsse von sozialen Ungleichheiten und Diskriminierungen zu berücksichtigen. Insbesondere die sozialen, politischen und planerischen Herausforderungen durch urbane Segregation (siehe Teil II zu Rostock in dieser Reihe) und der Peripherisierung ländlicher Räume (siehe Teil III zu Mecklenburg-Vorpommern in dieser Reihe) veranschaulichen, dass die Berücksichtigung nur einer Kategorie, wie Geschlecht, für die Lösung komplexer sozialer Zusammenhänge zu kurz gegriffen wäre.

Dabei waren es in den vergangenen Jahrzehnten insbesondere in den urbanen Zentren Deutschlands und Europas die sozialen, stadtpolitischen Bewegungen, die auf die Zusammenhänge von multipler Ungleichheit und Raumnutzung aufmerksam gemacht haben. Hinter den vielfältigen Protesten unter den Slogans „Stadt für alle“ und „Recht auf Stadt“ stehen die Forderungen nach einem Nutzungsrecht des Raums, ein Recht an Entscheidungsfindungen beteiligt zu sein und auch das Recht auf Wohnen häufig im Vordergrund. Insbesondere der Kampf um Mitbestimmung sowie gegen Privatisierungen und Enteignungen zeigt sich vermehrt in urbanen Räumen. Hierbei steht die Frage nach bezahlbarem Wohnraum im Zentrum (wie aktuell populär im Berliner Bürger*innenentscheid „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“). Doch auch die wirtschaftlichen Veränderungen und die sich wandelnde Sozialstruktur in den ländlichen Räumen lassen die Forderung nach Gestaltungsmöglichkeiten des eigenen Lebensumfelds ebenso relevant werden, wie in Städten. Dabei identifizieren die sozialen Bewegungen nicht alleinig das Einkommen für den Mietunterhalt als ungleichheitsbestimmend, sondern auch weitere Faktoren wie Geschlecht, Gesundheit, Alter, Bildung oder Herkunft. Ebenso kanalisieren sich viele stadtpolitische Initiativen rund um die Fragen der Nutzung eines öffentlichen Raumes, der privatisiert und/ oder mit Privateigentum bebaut werden soll. Mancherorts gingen die Proteste um den Erhalt eines öffentlichen gemeinwohlorientierten Raumes, wie die Gezi-Park Proteste in Istanbul 2013, gleich ganz über raumplanerische Fragen hinaus und kritisierten die großen Fragen gesellschaftlichen Zusammenhalts. Denn der Raum, die Art der Bebauung, die Art des Zugangs und die Regelung des Eigentums sind seit jeher auch Mittel politischer Macht.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass Veränderungen in der eigenen Stadt, dem eigenen Dorf, vor der eigenen Haustür häufig nicht ohne Konfliktpotenzial auskommen. Diese Konfliktpotenziale treten nicht selten in Gestalt aufgeheizter Debatten im Zuge von öffentlichen Veranstaltungen, Bürger*innen-Beteiligungen bis hin zu juristischen Verfahren zu Tage. Das, was aus Sicht politischer Entscheidungsträger*innen, Verwaltungen oder Planer*innen oft als Verzug der Planungen und misslicher Umstand wahrgenommen wird, ist aus Sicht der Einwohnenden das (letzte verbliebene) Mittel, für „ihr Fleckchen Erde“ einzustehen.

Die Initiativen und Protestformen können dabei sehr unterschiedlich ausfallen:

- von regelmäßigen Veranstaltungen durch Arbeitsgruppen, die Wohnen über Wohnprojekte an den Bedürfnissen ihrer Bewohner*innen ausrichten und damit Wohnen vielfältiger und sozialer gestalten wollen, wie bspw. der Arbeitskreis Wohnprojekte in Rostock oder ‚Das Dorf im Dorf‘ in Dobbertin oder die Wohngenossenschaft in Klein Hundorf,
- über monatliche Rad-Demos der Critical Mass für mehr fahrradgerechte Infrastruktur,
- die Organisation von Bewohner*innen gegen den Rückzug des Staates aus der Fläche, die Aspekte der Daseinsvorsorge selbst in die Hand nehmen, wie die gegründeten Dorfläden zur Versorgung der Anwohnenden, beispielsweise in Gessin, oder der Schaffung von Kultur- und Gemeinschaftsräumen für alle Anwohnenden, wie das Landkombinat in Gatschow,
- der Besuch von Rathausveranstaltungen oder Ortsbeiräten, um eine Nachverdichtung mit Wohngebäuden auf vormaligen Grünflächen, wie in der Rostocker Südstadt, oder den Abriss von Kleingärten, wie am Rostocker Groten Pohl, abzuwenden,
- bis hin zu Massenprotesten und politischen Abstimmungen für die Enteignung von Kapitalinvestoren, zugunsten eines gemeinwohlorientierten Wohnungsmarktes wie beim Berliner Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“.

Trotz der unterschiedlichen Themen und Protestformen gibt es jedoch zentrale Anliegen, die diese Initiativen und sozialen Bewegungen eint. Ihnen allen ist gemein, dass sie ein Gespür dafür haben, dass die forcierten Planungen oder die Effekte jüngster Entscheidungen häufig mit einer Verschlechterung der Situation für die bisherigen Einwohnenden und Nutzenden des Raumes einhergehen. Wenn (grüne) Freiflächen zugunsten einiger weniger neuer Eigentümer*innen bebaut werden, wird der vormalige öffentliche Raum insbesondere denjenigen fehlen, die auf Grund geringen Wohnraums besonders auf ihn angewiesen waren – häufig sind dies Haushalte mit geringeren Einkommen, insbesondere Familien, Alleinerziehende und Rentner*innen. Dies ist vor allem auch ein Problem in den Kleinstädten in MV. Dort, wo am Rande des Ortes neue Eigenheim-Wohnsiedlungen entstehen, verfallen im Ortskernen Gebäude und damit bestehende Mietwohnräume.

Diese Effekte von Raumplanung zu berücksichtigen und sie vermeiden zu wollen, lässt sich mit dem Begriff der ungleichheitssensiblen Planung fassen. Hierbei können die verschiedenen Ebenen, auf denen Ungleichheit zum Tragen kommen kann, berücksichtigt werden. Auch in der ursprünglichen Diskussion geschlechterspezifischer Ungleichheiten in der Raumplanung und -nutzung wurde zunehmend auf die Verschränkung von Ungleichheiten und der Relevanz unterschiedlicher Faktoren aufmerksam gemacht. Daher firmieren unter dem Begriff des Gender Planning in der aktuellen Diskussion bereits viele Konzepte und Ideen, die Räume für alle Einwohnenden

und Nutzenden gleichermaßen mitdenken und gestalten wollen. Doch zeigt sich in der Praxis, dass es schwierig ist, die theoretischen Implikationen umzusetzen. Ohne adäquate Institutionalisierungen können die Konzepte des Gender Plannings nicht systematisch in kommende Planungsprozesse integriert werden, genauso wie es eine Bekämpfung von Segregation und Peripherisierung bedarf, um dem Ziel einer demokratischen und gleichberechtigten Raumnutzung näher zu kommen.

Neben gesetzlichen Regelungen ist auch die politische Bereitschaft zur Anerkennung der Vielfalt der Ansprüche an Räume und ihren Bewohnenden und Nutzenden elementar. Es braucht Entscheidungsträger*innen mit einem Blick dafür, dass es um mehr als Kennzahlen geht, sondern um ein Verständnis von sozialen Konstruktionen und die Überwindung von tradierten (Geschlechter-)Zuschreibungen und -stereotypen. Hierzu gehören neben einer ernst gemeinten, nachhaltigen Bürger*innen-Beteiligung auch Planungsprozesse, die nach kreativen Lösungen suchen und nicht nur linear, rational und vor allem wirtschaftlich-innovativ orientiert ausgelotet werden. Politische Entscheidungsträger*innen sollten den Nutzen einer ungleichheits-sensiblen und gendergerechten Raumplanung den Vorrang gegenüber schnellen Verfahren geben, die versuchen, die sozialräumliche Vielfalt durch unzureichende Unterkomplexität zu kontrollieren. Viel eher müssen die beteiligten Akteur*innen die Komplexität anerkennen, zivilgesellschaftliche Mitgestaltung zulassen (diese auch mit finanziellen und zeitlichen Ressourcen ausstatten) und eine Kultur des „Hörens und Zuhörens“ praktizieren, um so Alltagswissen und -erleben einzubeziehen – um strukturellen Ungleichheiten entgegenzuwirken statt sie zu reproduzieren. Die Stadt- und Raumplanung bietet an dieser Stelle viel Potential, wenn dies auch genutzt wird.

Das Rostocker Institut für Sozialforschung und gesellschaftliche Praxis e.V. (ROSIS) agiert mit seinem interdisziplinären Team an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis zur Erforschung und Begleitung gesellschaftlicher und öffentlicher Anliegen. Das ROSIS bedankt sich bei den STADTGESPRÄCHEN für die Veröffentlichung der Reihe zum Gender Planning und gratuliert zur Richard-Siegmann-Medaille! →

Über die Autorinnen:

Melanie Rühmling befasst sich als Soziologin vor allem mit dem Wandel der Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen mit einem besonderen Blick auf die Gleichstellung der Geschlechter.

Die Schwerpunkte von Lisa Waschkewitsch, ebenfalls Soziologin, umfassen Fragen der Gender Studies und der Soziologie des Körpers, der Raum- und Stadtforschung und der gesellschaftlichen Teilhabe, insbesondere von Kindern und Jugendlichen.

Marén Wins ist Bildungswissenschaftlerin und arbeitet zu den Schwerpunkten der Evaluationsforschung und der Bindungs- und Bildungsforschung. Aktuell forscht sie zum Thema der Jugendbeteiligung in Rostock.

Dort, wo am Rande des Ortes neue Eigenheim- Wohnsiedlungen entstehen, verfallen im Ortskernen Gebäude und damit bestehende Mietwohnräume

Weitere Informationen auf
www.rostocker-institut.org.